

# Kritik

Peter Merseburger

## Staatsmann mit Weitblick

*Walter Mühlhausens erschöpfende Friedrich-Ebert-Biografie*

Kann Friedrich Ebert als ein Vorläufer Nicholas Sarkozys gesehen werden? Die Verfassung von Weimar und die der Fünften Republik De Gaulles haben zweifellos vieles gemein, von der Volkswahl des Präsidenten bis zu dessen besonderen Machtbefugnissen. Glaubt man Philipp Scheidemann, dem alten Kampfgefährten aber auch Rivalen Friedrich Eberts um das höchste Amt der jungen Republik, dann ging der ehemalige Sattlergeselle und Schneidersohn aus Heidelberg im Jahr 1919 zunächst von der Vorstellung aus, der Regierungschef sei vor allem dazu da, die Politik des Reichspräsidenten Friedrich Ebert umzusetzen und zu decken. Das hätte etwa der Kompetenzverteilung entsprochen, die heute der starke, kleine Mann Frankreichs mit seinem Premierminister Fillon praktiziert.

Dass es in der Weimarer Republik dazu nicht kam, hatte nicht nur mit dem Wortlaut der Verfassung zu tun, die erst nach dem Rücktritt Scheidemanns verabschiedet wurde: Die räumte dem Kanzler ausdrücklich das Recht ein, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Schon damals taten sich die Sozialdemokraten schwer im rechten Umgang mit der Macht. So gab es unter Eberts Genossen erhebliche Widerstände gegen weitreichende Befug-

nisse für einen Präsidenten, schon weil ihre Partei das Amt ja nicht gepachtet hatte. Wie ernst es den Sozialdemokraten damit war, das erste demokratische Staatsoberhaupt Deutschlands an die Kandare zu legen, zeigt ein Artikel des parteioffiziellen *VORWÄRTS*: Ein Tag nach der Wahl Eberts war darin zu lesen, es sei selbstverständlich, dass der Haushalt des Präsidenten »an republikanischer Einfachheit den aller anderen Oberhäupter größerer Staaten übertreffen« müsse. Entsprechend dürftig war der Etat des neuen Präsidenten. Dass die junge Weimarer Demokratie daran Schaden nehmen würde, wenn es der neuen Exekutive an Glanz fehlte und sie den Massen keinen Anhaltspunkt zur Identifikation bot, kam den Politikern nicht in den Sinn.

Wie Ebert dennoch ein starker Präsident wurde, der die junge Republik durch existenzielle Krisen wie den Kapp-Putsch, den kommunistischen Aufstand im Ruhrgebiet oder die galoppierende Inflation führte, hat Walter Mühlhausen in einer erschöpfenden Monografie auf mehr als tausend Seiten minutiös beschrieben. Bewusst verzichtet er auf eine umfassende Biografie und konzentriert sich nur auf Eberts Wirken als Volksbeauftragter und Reichspräsident. Und da sich dessen Bild

in der Geschichte ambivalent darstellt, spricht er von den »Schwierigkeiten, sich dem Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu nähern«. Für die einen ist er, der den Spartakus-Aufstand im Bunde mit den Militärs blutig niederwarf, der Retter vor dem Bolschewismus, Patriot und Wahrer der Reichseinheit. Andere wie beispielsweise Sebastian Haffner sehen in ihm den Verantwortlichen für das Ausbleiben struktureller Reformen, welche den konservativ-autoritären Eliten ihre Machtbasis entzogen und damit die junge Demokratie gegen ihre Feinde von rechts gesichert hätten.

Mühlhausen hält die Mitte und urteilt milde, wenn er behauptet, es habe »nicht nur verpasste Chancen, sondern auch verhinderte Katastrophen« gegeben. Er entwirft das Bild eines Politikers, der sich schon als junger Arbeitersekretär in Bremen konkret auf praktische Hilfe für Arbeiter konzentrierte, der in den Revolutionswirren von 1918 eisern daran festhielt, dass nur eine deutsche Konstituante die Legitimität besäße, darüber zu befinden, wie Deutschland nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs auszusehen habe; eines Präsidenten schließlich, der sich um ein Bündnis zwischen Arbeitern und Bürgern mühte und versuchte, die demokratischen Parteien in große Koalitionen einzubinden – ein Bestreben allerdings, dem sich die eigenen Parteifreunde immer häufiger versagten.

Die Kluft zwischen Ebert und seiner Partei wuchs, als sich die Reste der USPD, die nicht zu den Kommunisten gestoßen waren, 1922 mit den Mehrheitssozialdemokraten vereinten. Damit verließ man die Linie des Görlitzer Programms, das die Republik als unwiderruflich gegebene Staatsform bezeichnete und in seinen Grundzügen zweifellos den Überzeugungen Eberts entsprach. Die alten Illusionen kehrten mit den Unabhängigen zurück, und die SPD beherbergte in den eigenen Reihen wieder eine Systemopposition,

welche die parlamentarische Republik bestenfalls als Durchgangsphase zum Sozialismus akzeptierte. So war es nicht verwunderlich, dass im November 1923 nach der tölpelhaft durchgeführten Reichsexekution gegen Sachsen und dem Stillehalten gegenüber einem drohenden Rechtsputsch in Bayern Rufe nach einem Partei-ausschluss Eberts erschallten.

Es ist Mühlhausens Verdienst, geradezu akribisch nachzuweisen, dass Ebert keineswegs auf die Absetzung der gesamten sächsischen Landesregierung abzielte. Er wollte lediglich die kommunistischen Regierungsmitglieder entfernen, die nicht als verfassungstreu gelten konnten. So erteilte er Kanzler Stresemann die Vollmacht, »Mitglieder der sächsischen Landesregierung ... ihrer Stellung zu entheben«. Stresemanns Parteifreund handelte exzessiv und setzte gleich die gesamte legal gewählte sächsische Regierung ab. Die Zurückhaltung gegenüber Bayern wiederum, in dem rechte Kräfte einen Marsch auf Berlin vorbereiteten, erklärt sich nicht aus einem Zögern Eberts. Im Gegenteil: Er drängte den Chef der Reichswehr zum Eingreifen. Doch General von Seeckt war nicht dazu zu bewegen, weil Bayern sich die im Süden stationierte Division der Reichswehr unterstellt hatte. Eine Exekution gegen die Regierung in München hätte damit zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Truppenteilen der Reichswehr geführt, was Seeckt unter allen Umständen vermeiden wollte.

Mit dem Verbot von NSDAP und KPD beruhigte sich die innenpolitische Lage. Ein Ermächtigungsgesetz erlaubte es der Reichsregierung, das Wirtschaftschao auf dem Verordnungswege zu beenden und die Inflation durch die Einführung der Rentenmark einzudämmen. Aber erst der skandalöse Prozess von Magdeburg, in dem Ebert des Landesverrats bezichtigt wurde, brachte schließlich eine, freilich fragile, Wiederannäherung zwischen Präsident und Partei. Mühlhausen schließt

Fehler und Fehlentscheidungen Friedrich Eberts nicht aus, aber er würdigt ihn doch als Staatsmann mit Weitblick. Mit seiner Forderung nach einer dauerhaften Zusammenarbeit von Arbeiterbewegung und Bürgertum als Grundlage der Republik sei Ebert seiner Zeit auf tragische Weise weit voraus gewesen. Was er erreichen wollte, nahm erst 40 Jahre später Gestalt an mit der kleinen Koalition, die Willy Brandt als Bündnis von Arbeitern und Bürgern verstanden wissen wollte. Mühlhausens Porträt verdient Achtung, aber es stellt sich

die Frage, ob ein gestrengerer Lektor dem Buch durch entschlossene Kürzungen nicht wohlgetan hätte.

Walter Mühlhausen: *Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik*. J.H.W. DIETZ VERLAG, Bonn 2006, 1.064 S., € 48,00.



Peter Merseburger (\*1928) früherer Fernsehjournalist, ist freier Publizist. Soeben veröffentlichte er bei DVA die Biografie von Rudolf Augstein.

Bernd Faulenbach

## Der »Godesberger« aus Bayern

*Zur Wiederentdeckung Waldemar von Knoeringens*

Waldemar von Knoeringen, der langjährige bayerische SPD-Vorsitzende in der Nachkriegszeit und zeitweilige stellvertretende Bundesvorsitzende (1958-1965), ist heute nahezu in Vergessenheit geraten. Anlässlich seines 100. Geburtstags haben Helga Grebing und Dietmar Süß eine zweibändige Publikation vorgelegt, in der Aufsätze über Knoeringen sowie Reden, Aufsätze und Briefe von ihm selbst zusammengestellt sind, und die dazu anregt, sich aufs Neue mit dem »Erneuerer der deutschen Sozialdemokratie« zu befassen.

Es zeigt sich einmal mehr, dass die Geschichte der Sozialdemokratie auch die Geschichte bedeutender Persönlichkeiten ist, die im gegenwärtigen historisch-politischen Bewusstsein kaum verankert sind. Die Hauptleistung des bayerischen SPD-Politikers liegt in der Programmarbeit, wie Hans-Jochen Vogel hervorhebt: Knoeringen habe das Godesberger Programm überzeugend vertreten und den Prozess nach der Verabschiedung gefördert und mitgetragen wie kaum ein anderer. Die Entwicklung der SPD in Bayern unter Knoeringen

macht zudem deutlich, dass dieses Bundesland keineswegs zu allen Zeiten ein »Erbhof« der CSU war; Knoeringen hatte wesentlichen Anteil daran, dass 1954-1957 eine Viererkoalition aus SPD, BAYERNPARTEI, FDP und GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) das Land regierte. Das nimmt sich aus heutiger Sicht außerordentlich respektabel aus, und darüber sollten nicht nur die bayerischen Sozialdemokraten einmal nachdenken.

Der aus dem Kleinadel stammende, sich in der Nachfolge Georg von Vollmars verstehende Waldemar von Knoeringen sah sich selbst als Vertreter einer »Zwischengeneration«. Diese habe die ältere Sozialdemokratie zwar noch gekannt, aber in Widerstand und Emigration aktuelle Impulse aufgegriffen und in der Nachkriegsepoche eine neue Ausrichtung verkörpert, wie Klaus Mehringer in seinem Aufsatz über Knoeringen als Grenzsekretär und Mitglied der Gruppe *Neubeginnen* zeigt. Von dem SPD-Politiker als dem Repräsentanten dieser Sozialdemokratie han-